

2009 Nein zum Ausverkauf der Elektrizitätswerke

Die Privatisierung liegt nicht im Interesse der Bevölkerung

Mit dem neuen Gesetz über die Neuordnung der Elektrizitätsversorgung wird der Regierungsrat ermächtigt, die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) zu privatisieren und es in die Axpo-Holding (Zusammenschluss der Kantonswerke ZH, AG, SH, TG, SG, AI und AR) einzubringen.

Bereits heute mischen deutsche und französische Atom- und Kohlestromkonzerne im Schweizer Strommarkt mit. Es ist deshalb naiv zu glauben, dass internationale Grosskonzerne ihre Interessen nicht bald auch auf die axpo ausweiten werden. So aber würden die ehemaligen Kantonswerke zum Spielball internationaler Finanzinteressen.

Was wir von Privatisierungen zu erwarten haben, können wir gegenwärtig im Ausland beobachten. Beunruhigende Beispiele gibt es genug: In Kalifornien gehen die Lichter aus - mittlerweile versucht die Regierung das zu billig verscherbelte Hochspannungsnetz wieder zurückzukaufen. Jene Gemeinden und Bezirke Kaliforniens, die ihre Elektrizitätsversorgung nicht privatisiert haben, verfügen über genügend und erst noch billigeren Strom! Auch Schweden, Neuseeland oder England haben ihre schlechten Erfahrungen sammeln müssen. Zwei Drittel der Briten wünschen sich wieder staatliche Eisenbahnen.

Der Anteil des Kantons Zürich an der rein privatrechtlichen Axpo-Holding dürfte nach der Privatisierung bei über 3 Milliarden liegen - drei Milliarden, die keinerlei direktdemokratischer Kontrolle mehr unterliegen! Gemessen an der Beteiligung des Kantons an der SAirGroup eine ungeheure Summe. Sollte der axpo nicht der von rechts propagierte Erfolg beschieden sein, hätte dies - im Gegensatz zum Debakel bei der SAirGroup - verheerende finanzielle Auswirkungen auf den Kanton.

Mittlerweile sind die Kantone Aargau, Schaffhausen, St.Gallen und Thurgau in Sachen axpo hellhörig geworden. Die Modalitäten bei der Überführung der jeweiligen Kantonswerke in die axpo sind plötzlich wieder in der Schwebe.

Mit der Umwandlung des EKZ in eine AG soll auch das Stromverteilnetz privatisiert werden. Oft führt aber nur gerade eine einzige Leitung in ein Gebiet, das Stromnetz entspricht also vielerorts einem natürlichen Monopol. Das Stromnetz als Teil der Infrastruktur gehört in den Besitz und die Kontrolle der öffentlichen Hand und darf nicht einer unkontrollierbaren Spekulation ausgesetzt werden. Wenn axpo und EKZ einst die Tore schliessen sollten, muss der Staat einspringen! Damit dies gar nicht erst nötig wird, braucht es am 10. Juni ein NEIN.

Die Axpo-Holding wird Grossverbraucher mit massiven Preiszugeständnissen verwöhnen. Die Normalverbraucher wie Kleinverbraucher und KMUs müssen dafür die Zeche bezahlen. Einschlägige Studien zeigen auf, dass die Preise in der ersten Zeit nach einer Privatisierung sinken, weil die privaten Unternehmungen der Elektrizitätswirtschaft beim Netzunterhalt und bei Neuinvestitionen sparen können. Dies ist möglich, weil sie vom Staat zu günstigen Preisen gut funktionierende Einrichtungen übernehmen können, die mit dem Geld der Konsumenten aufgebaut worden sind. Da aber auch Privatunternehmen um Unterhalts- und Investitionskosten nicht herumkommen, müssen die normalen Haushalte längerfristig mit höheren Preisen rechnen.

In Kalifornien wurden bei der Deregulierung des Strommarktes Höchstpreise festgelegt, die weit über dem durchschnittlichen Strompreis vor der Liberalisierung lagen. Dieses Einfrieren des Strompreises wurde von der Energiewirtschaft befürwortet: Damit konnten sie unrentable Investitionen aus der Vergangenheit (AKWs) quersubventionieren. Wären die KonsumentInnen ungeschützt dem freien Markt ausgeliefert gewesen, hätten sie während der Krise im Schnitt 600 Dollar im Monat für ihren Strom zahlen müssen (vor der Liberalisierung waren es 55 Dollar im Monat).

Wohin die Reise geht, wenn Staatsbetriebe ausgelagert oder privatisiert werden, haben SBB, Post und Swisscom vorgeführt: Das Topkader und die Verwaltungsräte werden mit unverhältnismässigen Salären und Boni bei Laune gehalten, während bei den Arbeitsplätzen und auch bei den Dienstleistungen massiv abgebaut wird.

Die Annahme des Gesetzes würde jeden politischen Einfluss auf dem Gebiet des Umweltschutzes verhindern. Effiziente Nutzung der Energie, Förderung von erneuerbaren Energien wie Solarstrom und Nutzung der Abwärme waren bisher gesetzlich vorgeschrieben. Die EKZ hat diese Aufgaben auch erfolgreich wahrgenommen. Im neuen EKZ-Gesetz sind all diese Verpflichtungen für die privatisierte Elektrizitätswirtschaft gestrichen worden. Erneuerbare Energien und Strom aus einheimischen Wasserkraftwerken werden gegenüber Strom aus ausländischen Dreckschleudern noch weniger konkurrenzfähig sein als heute. Damit ist nicht nur unsere Umwelt noch stärker gefährdet, es werden auch zahlreiche bestehende und potentielle Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt.

Zur Bekämpfung der Vorlage hat sich das "Komitee gegen den Ausverkauf der Elektrizitätswerke" gegründet.

Im Co-Präsidium nehmen Einsitz:

- **Dorothee Jaun**, Kantonsrätin SP (01 825 44 87)
- **Liselotte Illi**, Kantonsrätin SP
- **Anna Maria Riedi**, Kantonsrätin SP
- **Daniel Vischer**, Kantonsrat Grüne
- **Franz Cahannes**, Präsident kant. Gewerkschaftsbund
- **Niklaus Scherr**, Gemeinderat Zürich AL (01 241 91 54)
- **Jorge Serra**, Sekretär VPOD Zürich (01 295 30 16, 079 673 88 73)

Wir sagen am 10. Juni NEIN zum Ausverkauf des EKZ, weil

- **wir keine privatwirtschaftlichen Abenteuer mit unserem Volksvermögen wollen.**
- **wir kein Monopoly mit natürlichen Monopolen wollen.**
- **es genug schlechte ausländische Beispiele gibt.**
- **für KleinkonsumentInnen, KMUs und die Gemeinden die Rechnung nicht aufgeht.**
- **sonst für den Umweltschutz die Lichter ausgehen.**

Für den Umweltschutz gehen die Lichter aus

Noch mehr Boni für Verwaltungsräte und Direktoren?

Für KleinkonsumentInnen, KMUs und die Gemeinden geht die Rechnung nicht auf

Kein Monopoly mit natürlichen Monopolen

Keine Experimente mit unserem Volksvermögen

SP Kanton Zürich, Mittwoch, 13. Juni 2012